



Zeit für eine strategische Partnerschaft: Das Potenzial der Zusammenarbeit Deutschland-Marokko

Annabelle Houdret & Mark Furness

Zusammenfassung

Deutschland und Marokko verbindet eine lange Geschichte der Entwicklungszusammenarbeit, die sich heute unter veränderten regionalen und internationalen Bedingungen weiterentwickelt. Diese Partnerschaft kommt beiden Ländern zugute und birgt erhebliches Potenzial. Marokko hat sich zu einem wichtigen Akteur in Nord- und Westafrika entwickelt und seinen wirtschaftlichen, militärischen und geopolitischen Einfluss gestärkt. Es profitiert von deutschem Fachwissen, Investitionen und strategischer Unterstützung. Deutschland kann sich die Zusammenarbeit mit Marokko noch stärker zunutze machen, um seine wirtschaftlichen, technologischen und diplomatischen Interessen voranzubringen.

Allerdings verändern globale Dynamiken die deutsch-marokkanische Zusammenarbeit. Traditionelle Entwicklungszusammenarbeit, bei der westliche Staaten dem „Globalen Süden“ Hilfe leisten, verliert an Bedeutung. Stattdessen nehmen Transaktionsbeziehungen im Sinne gegenseitiger wirtschaftlicher, kommerzieller und politischer Vorteile zu. Dieser pragmatische Ansatz muss jedoch weiterhin in Kooperationsnormen eingebettet sein, die Menschenrechte, soziale Inklusion und ökologische Nachhaltigkeit in den Vordergrund stellen. Diese Prinzipien bilden die Grundlage für langfristige Vorteile für die Gesellschaften beider Länder.

Deutschland sollte sich als Partner positionieren, der seine Interessen klar definiert und strategische und wirtschaftliche Zusammenarbeit mit der Unterstützung einer inklusiven und nachhaltigen Entwicklung verbindet. Wenn Kompromisse erforderlich sind, müssen diese identifiziert und adressiert werden oder notfalls dazu führen, dass Deutschland in bestimmten Bereichen auf Zusammenarbeit verzichtet. Trotz erfolgreicher Armutsreduzierung bestehen in Marokko weiterhin erhebliche sozioökonomische Ungleichheiten, die durch Klimawandel, eingeschränkten Zugang zu Gesundheit und

Bildung sowie mangelnde Governance weiter zunehmen. Internationale Partner können Marokko bei der Bewältigung dieser Probleme unterstützen.

Der deutsche Bundeskanzler Friedrich Merz hat eine Außenpolitik formuliert, die Interessen verfolgt und Werte durch starke Partnerschaften mit wichtigen Ländern verteidigt. Die Entwicklungszusammenarbeit ist ein zentraler Bestandteil dieser Beziehungen – um Entwicklung nachhaltig zu gestalten und um Türen für eine umfassende Kooperationspolitik zu öffnen. Marokkanische Gesprächspartner*innen aus Regierung, Forschung und Zivilgesellschaft, die für dieses Papier befragt wurden, betonten, dass ihr Land genau diese Art von Beziehung aufbauen möchte.

Vier strategische Schlüsselbereiche werden die bilaterale Zusammenarbeit in den nächsten zehn Jahren voraussichtlich bestimmen:

1. **Geostrategische Interessen** – vor allem der Status der Westsahara und die Beziehungen zu Afrika;
2. **Infrastruktur und Investitionen** – insbesondere private und öffentliche Investitionen in Infrastruktur, Konnektivität und Energie;
3. **Beschäftigung, Fachkräfte und Migration** – mit Fokus auf legale Migration, berufliche Bildung und den Arbeitskräftebedarf beider Länder; und
4. **Governance für das Gemeinwohl** – vor allem im Klimaschutz und für transparente, rechenschaftspflichtige und inklusive Regierungsführung auf lokaler wie internationaler Ebene.

Deutschland und Marokko haben in über 50 Jahren Entwicklungszusammenarbeit erhebliches Vertrauen aufgebaut – eine solide Basis für eine strategischere Partnerschaft. Die Verwirklichung dieses Potenzials erfordert jedoch Klarheit über die jeweiligen Prioritäten, Anpassungsbereitschaft und roten Linien.

Von der Entwicklungszusammenarbeit zur Kooperationspolitik

Der internationale Kontext der Entwicklungszusammenarbeit verändert sich rasch, ein in der Literatur aktuell viel diskutierter Trend. Traditionell umfasste die Entwicklungszusammenarbeit finanzielle, wirtschaftliche, institutionelle und soziokulturelle Hilfe der sogenannten „entwickelten“ Länder und multilateralen Organisationen im „Globalen Norden“ für Länder des „Globalen Südens“. Angesichts der moralischen und politischen Herausforderungen dieses Modells entstand eine Debatte über seine Relevanz und Wirksamkeit.

Der schwindende Einfluss traditioneller Entwicklungshilfe spiegelt Veränderungen im wirtschaftlichen, technologischen und ethischen Einfluss des Globalen Nordens wider. Die Geberländer haben ihre Entwicklungspolitik zunehmend an eigenen Interessen ausgerichtet und Stimmen im Globalen Süden fragten, ob Hilfe nicht lediglich koloniale Ausbeutung fortsetze (Taggart, 2025).

Als Reaktion darauf wurde die „Entwicklungs-“ als „Kooperationspolitik“ neu definiert; im Mittelpunkt stehen dabei für beide Seiten vorteilhafte Partnerschaften. In der Praxis erfordern solche strategischen Beziehungen klar definierte gemeinsame Interessen und rote Linien, unterstützt durch Netzwerke, Instrumente, Fachwissen und gegenseitiges Vertrauen (Klingebiel & Sumner, 2025).

Doch dieser Ansatz birgt auch Risiken: Wird die Zusammenarbeit zunehmend transaktional, werden auch Bedenken hinsichtlich der Kooperation mit autoritären Regierungen und der ausbeuterischen Tendenzen privaten Kapitals relevanter. Die Wahrung universeller Werte, der Menschenrechte und ökologischer Nachhaltigkeit ist für wirksame, legitime und dauerhafte Partnerschaften von entscheidender Bedeutung.

Die deutsch-marokkanische Zusammenarbeit zeigt beispielhaft Chancen und Risiken von Kooperationspolitik. Marokko ist für Deutschland ein wichtiger Partner in Wirtschafts-, Migrations- und Sicherheitsfragen im Mittelmeerraum und in Afrika. Das Land bietet Investitionsmöglichkeiten,

etwa in der Automobil- und Luftfahrtindustrie, Batterieproduktion und in erneuerbaren Energien, einschließlich Wasserstoff. Auch im Bereich Klimapolitik ist es ein wichtiger internationaler Partner. Gleichzeitig ist Marokko von starken Ungleichheiten und hoher Arbeitslosigkeit sowie einem zentralisierten, rentenbasierten politischen System geprägt. Deutschland kann Marokko bei der Bewältigung dieser strukturellen Herausforderungen unterstützen und gleichzeitig die gemeinsamen Interessen voranbringen.

Eine neue Partnerschaft kann auf den erfolgreichen Beziehungen aufbauen, die in 50 Jahren Entwicklungszusammenarbeit gewachsen sind. In Marokko wird Deutschland als vertrauenswürdiger Partner wahrgenommen, der zur Verbesserung der rechtlichen und politischen Rahmenbedingungen in den Bereichen Finanzen, Energie, Wasser und Umwelt beigetragen hat, sowie als „ehrlicher Vermittler“, der Dialog innerhalb Marokkos und auf internationaler Ebene unterstützt.

Dieser Policy Brief stützt sich auf frühere Analysen der bilateralen Zusammenarbeit und Interviews mit Gesprächspartner*innen aus Politik und staatlichen Institutionen, Forschung und Zivilgesellschaft in beiden Ländern. Er erörtert das Potenzial für eine strategischere Partnerschaft auf der Grundlage der Zusammenarbeit in vier Bereichen:

- Geopolitische Interessen
- Infrastruktur und Investitionen
- Migration, Arbeitsmärkte und Ausbildung
- Governance für das Gemeinwohl

Für jeden dieser Bereiche skizzieren wir gemeinsame Interessen und geben Empfehlungen für eine Vertiefung der Kooperation (siehe Tabelle 1). Abschließend folgen fünf übergeordnete Empfehlungen für den Aufbau einer strategischen bilateralen Zusammenarbeit.

Strategische Zusammenarbeit ausbauen

Marokko ist für Deutschland und die EU strategisch bedeutsam, und beide bieten wiederum dem Königreich erhebliche Chancen. Eine Partnerschaft basierend auf gemeinsamen Interessen, Kompromissbereitschaft und gegenseitigem Verständnis für rote Linien kann die Zusammenarbeit in einem sich wandelnden geopolitischen Umfeld effektiver gestalten.

Die Bedeutung Marokkos für Deutschland und die EU erstreckt sich über mehrere Dimensionen. Wirtschaftlich nimmt seine Bedeutung als Handelspartner zu (s. Tabelle 1) und weist Wachstumspotenzial in verschiedenen Sektoren auf, darunter Nahrungsmittel, Elektronik/Batterien, Automobil- und Luftfahrtindustrie sowie Pharmazeutika und Textilien. Strategisch ist das Land ein wichtiger Partner für Migrationsgovernance und Sicherheitspolitik. Politisch ist es ein relativ stabiles Land in einer instabilen Region. Marokko verfügt über die weltweit größten Phosphatvorkommen für die Düngemittelproduktion und bedeutende Kobalt-, Silber- und Kupferressourcen, die wichtig für die Digitalisierung und Energiewende Europas sind.

Marokko hat seine strategische Lage zwischen Europa und Afrika in den letzten zwei Jahrzehnten gezielt ausgebaut, aber auch die Beziehungen zu China, Israel, Russland, Saudi-Arabien, der Türkei und den USA vertieft. Wirtschaftswachstum und Infrastrukturausbau ziehen Investoren an. Doch sozioökonomische Disparitäten, Klimawandel, zentralisierte Governance und eine viele Wirtschaftssektoren dominierende Elite erzeugen Spannungen – wie Proteste der GenZ-Bewegung verdeutlichen. Direkt und indirekt betrifft dies auch Deutschland und die EU.

Marokkos Kooperationsinteressen sind im geostrategischen Kontext Nordafrikas und der Sahelzone zu sehen. Es positioniert sich als regionale Führungsmacht und Tor zu Westafrika. Es balanciert seine außenpolitischen Beziehungen sorgfältig aus und ordnet sie dem übergeordneten Ziel der

Tabelle1 : Wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Marokko (2022–2024)

	2022	2023	2024
Deutsche Exporte nach Marokko	2.800	3.200	3.500
Jährliches Wachstum (%)	30,0	14,1	8,0
Deutsche Importe aus Marokko	2.100	2.800	3.200
Jährliches Wachstum (%)	34,4	33,2	14,9
Deutsche Direktinvestitionen in Marokko (Bestand)	1.423	1.489	n.a
Jährliches Wachstum (%)	-2,5	4,6	n.a
Deutsche finanzielle Zusammenarbeit mit Marokko	277	312	465,50
Gesamt-ODA Deutschlands für Marokko	347,33	361,50	n.a

Quellen: GTAI; Statistisches Bundesamt; Deutsche Bundesbank; KfW, OECD-DAC. Alle Angaben in Millionen Euro.

Anerkennung seiner Souveränität über die Westsahara unter, die es als seine „südlichen Provinzen“ betrachtet.

Marokko ist an vertieften Beziehungen zur EU und zu Deutschland interessiert. Nahezu die Hälfte der Importe Marokkos und etwa zwei Drittel seiner Exporte betreffen die EU, und europäische Investoren spielen eine Schlüsselrolle für seine wirtschaftliche Entwicklung. Europas marokkanische Diaspora stärkt zudem die soziokulturellen und die wirtschaftlichen Beziehungen. Für Marokkos Ambitionen, sein internationales Profil zu stärken, sind wiederum EU-Institutionen und Mitgliedstaaten mit ihrem Einfluss auf multilaterale Foren – etwa zum Klimawandel – interessant. Weiter ist internationale Kooperation wichtig für die Bewältigung der Beschäftigungs- und Wasserkrise im Land und kann dazu beitragen, soziale Unzufriedenheit einzudämmen.

Strategischer Bereich 1: Geopolitische Interessen

Die bilateralen Beziehungen zwischen Deutschland und Marokko stehen im Kontext sich verändernder Bündnisse und Großmächte auf dem afrikanischen Kontinent und darüber hinaus. Sicherheit, Handel, Energie und Lieferketten, aber auch Fragen der nationalen Souveränität und der internationalen Governance sind Kernanliegen beider Länder.

Für Marokko bleibt die Souveränität über die Westsahara das zentrale und nicht verhandelbare nationale Interesse. Die Regierung und praktisch die gesamte Bevölkerung betrachten die Kontrolle über das Gebiet als integralen Bestandteil ihrer nationalen Identität. In den letzten Jahren ist die internationale Unterstützung hierfür gewachsen: Die meisten afrikanischen Staaten und globale Akteure wie Frankreich, Spanien, Großbritannien und die USA haben sich dem Autonomievorschlag Marokkos angenähert.

Marokko verfolgt in Afrika eine vielschichtige geostrategische Agenda. Es hat seine *Soft Power* durch Zusammenarbeit in den Bereichen Bildung, Ausbildung, Religion und Sicherheit ausgebaut, seine wirtschaftlichen Beziehungen vertieft und die regionale Politik neugestaltet. Bündnisse wie die Atlantik-Initiative mit ihrem Schwerpunkt auf den „südlichen Provinzen“ verbinden Marokko über maritime Infrastruktur und integrierte Energiesysteme mit der Sahelzone und globalen Lieferketten. Marokko positioniert sich als Drehscheibe und kooperiert u. a. mit der von Burkina Faso, Mali und Niger gegründeten *Alliance des États du Sahel*, die sich von Frankreich und anderen europäischen Partnern ab- und China, Russland und der Türkei zugewandt hat. Marokkos strategisches Ziel ist es, seinen politischen und wirtschaftlichen Einfluss in Afrika zu festigen und gleichzeitig seine Partnerschaften im Mittelmeerraum und im Atlantik zu stärken.

Deutschland unterstützt den von den Vereinten Nationen geleiteten Prozess zur Westsahara und hat erklärt, dass Marokkos Autonomieplan für das Gebiet eine Grundlage für eine von den Vereinten

Nationen (VN) ausgehandelte Lösung sein könnte. Berlin hat die marokkanische Souveränität über das Gebiet nicht uneingeschränkt unterstützt, im Gegensatz zu den USA im Jahr 2020 oder Frankreich während des Besuchs von Präsident Macron im Jahr 2024, als Paris Investitionsabkommen im Wert von 10 Milliarden Euro unterzeichnete. Deutschland ist bestrebt, die Glaubwürdigkeit des Völkerrechts und des VN-Prozesses aufrechtzuerhalten und gleichzeitig die wachsende strategische Bedeutung Marokkos anzuerkennen.

Die Neuordnung der Allianzen auf dem afrikanischen Kontinent schafft neue Möglichkeiten für deutsch-marokkanische Zusammenarbeit. Marokkos Atlantik-Initiative kann Investitionen in erneuerbare Energien, Bodenschätze und Infrastruktur erleichtern sowie transatlantische Kooperation stärken. Für Deutschland ist Marokkos Rolle in Afrika eine Chance, gemeinsame Ziele in Sicherheit, Stabilität und Wirtschaft voranzubringen. Trilaterale Kooperation zwischen Deutschland, Marokko und afrikanischen Staaten könnte komplementäre Expertise und Investitionen bündeln um nachhaltige Entwicklung in der Sahelzone und Subsahara-Afrika zu unterstützen – besonders in dezentraler Governance, Klimaanpassung und grüner Infrastruktur.

Eine Änderung der deutschen Position zur Westsahara wäre riskant. Die Anerkennung der marokkanischen Souveränität könnte Deutschlands Ruf als Verfechter des Völkerrechts und der Rechte der sahrauischen Bevölkerung schaden. Umgekehrt könnte ein Verzicht auf die Anerkennung den deutschen Zugang zu marokkanischen Initiativen in Afrika einschränken. Trotz der aktuellen Zwischenlösung im Konflikt um die Gültigkeit des Handels- und Fischereiabkommens zwischen der EU und Marokko für Produkte aus der Westsahara bleibt das Thema ein Unsicherheitsfaktor, insbesondere hinsichtlich des Zugangs zu natürlichen Ressourcen auf dem Gebiet. Jede Änderung von Deutschlands Position würde sich auch auf dessen Beziehungen zu Algerien auswirken, Marokkos wichtigstem Rivalen in der Westsahara und international. Algerien und Deutschland ha-

ben 2015 eine Energiepartnerschaft sowie 2024 eine Wasserstoff-Taskforce beschlossen.

Deutschland sollte eine umfassende, ressortübergreifende Bewertung der Abwägungen zwischen seiner gegenwärtigen Haltung zur Westsahara und seinem strategischen Interesse an einer engeren Zusammenarbeit mit Marokko durchführen. Auch neue Möglichkeiten innerhalb der bestehenden Vereinbarung gehören dazu. Eine mögliche Annäherung an die marokkanische Position sollte jedoch an die Bedingung geknüpft sein, dass die Rechte der Sahrauis geschützt werden.

Über die Westsahara-Frage hinaus könnte Deutschland die trilaterale Zusammenarbeit mit Marokko und afrikanischen Partnern ausbauen, vor allem in sozial inklusiven und ökologisch nachhaltigen Projekten. Weiter könnten trilaterale Partnerschaften mit Ländern, die gemeinsame Interessen mit Deutschland und Marokko haben, wie die Türkei (Handel, Textilien, Migration) und China (Batterieproduktion, Automobilsektor), ebenfalls von Interesse sein. Berlin könnte auch marokkanische Vorhaben wie die Atlantik-Initiative nutzen, um die transatlantische und die afrikanische Zusammenarbeit zu stärken. Um seine Glaubwürdigkeit zu wahren, muss Deutschland seine prinzipiellen Positionen zum Völkerrecht mit pragmatischem Engagement in Einklang bringen und sicherstellen, dass seine Politik sowohl strategisch als auch wertorientiert ist.

Strategischer Bereich 2: Infrastruktur und Investitionen

In den letzten 20 Jahren hat Marokko ein starkes Wirtschaftswachstum erzielt, öffentliche Infrastruktur ausgebaut und 2025 die UNDP-Kategorie der Länder mit „hoher menschlicher Entwicklung“ erreicht. Dennoch erhöhen anhaltende Ungleichheiten und neue soziale und ökologische Prioritäten die Nachfrage nach ausländischen öffentlichen und privaten Investitionen.

Prioritäten sind Infrastrukturausbau, internationale Großevents wie der Afrika-Cup (2025/26) und die FIFA-WM (2030) sowie Kapazitätsstärkung im Gesundheits- und Wassersektor. Die Regierung

mobilisiert Investitionen der Diaspora und globaler Partner – Saudi-Arabien sagte 12 Milliarden Euro zu, China investiert aktuell geschätzt 8 Milliarden Euro. Die Entwicklungsstrategie fokussiert auf Industrialisierung (Automobil, Luftfahrt, Pharmazie, Verteidigung) und Marokkos Rolle als Handelsdrehscheibe durch den Hafen von Tanger Med und neue Logistikzentren. Erneuerbare Energien decken bereits 45 % des Stromverbrauchs, Marokko will Wasserstoffexporteur werden. Bodenschätze erhöhen die Attraktivität für Investoren zusätzlich. Um politische Instabilität zu vermeiden, wird es jedoch entscheidend sein, dass Wachstum dazu beiträgt, die sehr ungleiche Verteilung von Einkommen, Bildung, Beschäftigungsmöglichkeiten und Zugang zu Gesundheitsleistungen zu überwinden (Dadoush & Saoudi, 2019).

Deutschland könnte vom wirtschaftlichen Aufschwung Marokkos profitieren. Das Königreich gewinnt als Standort für die Fahrzeugproduktion und den Export nach Europa zunehmend an Bedeutung, und seine expandierende Industriebasis bietet Synergien mit deutschen Unternehmen. Auch die wachsenden Logistikzentren und Freihandelszonen ziehen deutsche Investoren an. Deutschland verfügt über langjährige Erfahrung im marokkanischen Energie- und Wassersektor sowie der Regierungsführung, wo sein Fachwissen hoch geschätzt wird. Die Unterstützung der Energiewende und der industriellen Modernisierung Marokkos steht im Einklang mit den eigenen Prioritäten Deutschlands für eine kohlenstoffarme Produktion und sichere Lieferketten. Die Bundesregierung hat anerkannt, dass Investitionen zu einer sozial gerechten und umweltverträglichen Entwicklung beitragen sollten.

Einige von Marokkos Vorhaben bieten Chancen für die deutsch-marokkanische Zusammenarbeit. Deutschland kann dabei auf der bisherigen erfolgreichen Zusammenarbeit, bestehendem Vertrauen und fundiertem technischem Know-how aufbauen. Gemeinsame Forschung, Bildung und Ausbildung auszubauen – wie die Partnerschaft zwischen der Fraunhofer-Gesellschaft und dem marokkanischen IRESEN – kann Innovation stärken, etwa im Bereich der erneuerbaren Energien

und grüner Technologien. Der Infrastrukturausbau in den Bereichen Wasserversorgung, Abwasser- aufbereitung und Meerwasserentsalzung bietet weitere Chancen, sofern diese der breiten Bevölkerung zu bezahlbaren Preisen zugutekommen. Trilaterale Kooperation in Subsahara-Afrika könnte hier zudem gemeinsame Interessen und Fachkompetenz bündeln.

Trotz seines Wachstums steht Marokko vor tiefgreifenden sozioökonomischen Ungleichheiten und Herausforderungen in der Regierungsführung. In einigen ländlichen Gebieten mangelt es vielen Bürger*innen an grundlegenden öffentlichen Dienstleistungen, während sich die Investitionen auf städtische Ballungszentren und Megaprojekte konzentrieren. Hierdurch nehmen Ungleichheiten und Marginalisierung weiter zu. Korruption und die Bereicherung von Eliten behindern eine Entwicklung, die allen zugutekommt (Transparency Maroc, 2023). Durch die aktuelle Reform der sozialen Sicherung beispielsweise wird zwar die medizinische Versorgung ausgebaut, jedoch bleibt die Finanzierungsbasis des Systems aufgrund von Steuerhinterziehung schwach, während private Akteure über ihre Firmen unverhältnismäßig hohe Gewinne aus öffentlicher Finanzierung abschöpfen (Ait Ouanna, 2024). In ökologischer Hinsicht leidet Marokko unter den zunehmenden Auswirkungen des Klimawandels, und die wasserintensive Exportlandwirtschaft birgt die Gefahr, die ländliche Bevölkerung, die bereits unter abnehmender Bodenfruchtbarkeit und Wasserknappheit leidet, weiter zu schwächen. Investitionen Deutschlands und der EU sollten diese Probleme nicht verschärfen, sondern abmildern und damit vermeiden, Unzufriedenheit, Instabilität und Migration zu befeuern.

Eine stärkere Unterstützung Deutschlands für die industrielle und infrastrukturelle Entwicklung Marokkos auch außerhalb der Großstädte sollte daher hohe soziale und ökologische Standards einhalten. Unabhängige Folgenabschätzungen und Schutzvorkehrungen gegen extraktive Praktiken sind als Grundlage für Investitionsentscheidungen unabdingbar. Zusammenarbeit in den Bereichen Wassermanagement, erneuerbare Energien und

klimasensible Infrastruktur ist vielversprechend, wenn Projekte Ungleichheiten nicht verschärfen. Urbanisierung schafft Chancen, nicht nur für ausländische Direktinvestitionen, sondern auch für innovative, klimasensible Stadtplanung und Bauprojekte, die Bürger*innen einbeziehen und ihren Bedürfnissen dienen. Deutschland könnte regulatorische Reformen und transparente Regierungsführung in Sektoren wie Energie, Wasser und Stadtplanung noch stärker fördern und Instrumente wie Steuern, Abgaben und Ausgleichsfonds unterstützen, die die sozioökonomische Gerechtigkeit verbessern. Gemeinsame Forschung und Berufsbildung würden Innovation und Kompetenzentwicklung im Interesse beider Länder stärken.

Strategischer Bereich 3: Migration, Arbeitsmärkte und Ausbildung

Deutschland und Marokko leiden unter einer Diskrepanz zwischen der Verfügbarkeit qualifizierter Arbeitskräfte und dem Bedarf des Arbeitsmarkts und stehen vor Herausforderungen bei der Steuerung von Flucht und Migration. Ein innovativer Umgang bietet Perspektiven für strategische Zusammenarbeit, die beiden Gesellschaften zugutekommt.

Marokko kämpft trotz Wirtschaftswachstum mit einer Beschäftigungskrise. Jede*r vierte Jugendliche zwischen 15 und 24 Jahren – etwa 1,5 Millionen – ist weder in (Aus-)Bildung noch Beschäftigung (CESE, 2023). Klimawandel und Wasserknappheit verringern landwirtschaftliche Einkommen. Soziale Unruhen nehmen zu, und die Schaffung von Arbeitsplätzen hat daher oberste Priorität. Um die berufliche Bildung stärker am Arbeitsmarkt auszurichten, orientiert sich Marokko auch am dualen System Deutschlands. Zudem bietet zirkuläre Migration Potenzial zur Zusammenarbeit: Wie mit Frankreich und Spanien plant Marokko nun auch mit Deutschland Initiativen, etwa Schulungen für Fachkräfte im Gastgewerbe, Mechaniker und IT-Fachleute. Angesichts des eigenen Mangels an Fachkräften im Gesundheitssektor zögert Marokko jedoch, deren Ausbildung für

Deutschland zuzulassen. Neben der Arbeitskräftemobilität sind für Marokko Rücküberweisungen und Investitionen seiner Diaspora von Bedeutung.

Marokko könnte für Deutschland ein strategischer Partner für Fachkräfte in den o.g. Branchen werden. Im Gegensatz zu aktuellen informellen Initiativen im Gesundheitssektor würden formale Abkommen mehr Sicherheit für Arbeitnehmende und Arbeitgeber bieten. Unternehmen wie die Deutsche Bahn interessieren sich für marokkanische Fachkräfte; Pilotprojekte testen aktuell Wege für die zirkuläre Arbeitskräftemobilität in verschiedenen Sektoren.

Deutschland will Migration wertebasiert gestalten – legal, menschenwürdig und für beide Seiten vorteilhaft. Durch das EU-Zentrum für Migration und Entwicklung unterstützt es Rückkehrer mit Beratung. Zirkuläre Migration und gemeinsame Ausbildung könnten den Druck irregulärer Migration an Europas Grenzen verringern, wo Frontex nur auf Sicherheit und Rückführung setzt.

Die 2024 vereinbarte deutsch-marokkanische Migrationspartnerschaft soll irreguläre Migration reduzieren und legale Arbeitsmigration fördern. Regionale Abkommen wie das zwischen Tanger und Niedersachsen zeigen das Potenzial maßgeschneiderter Ansätze für den lokalen Arbeitskräftebedarf. Die marokkanische Agentur für die Förderung von Beschäftigung und Kompetenzen (ANAPEC) hat Interesse bekundet, Pilotprogramme zur legalen Migration signifikant auszuweiten. Aktuelle Initiativen in Gastgewerbe, IT und Mechanik könnten auf andere Sektoren erweitert werden. Deutsche Expertise in der beruflichen Bildung könnte auch helfen, Arbeitskräfte für andere EU-Länder auszubilden. Hochschulpartnerschaften in Zusammenarbeit mit deutschen und marokkanischen Unternehmen und Forschungsinstituten bieten weitere Qualifizierungsmöglichkeiten und fördern gleichzeitig die Wissensbildung.

Auch das Engagement der Diaspora ist ein weiterer vielversprechender Ansatz. Der *Northern Fund for Investment and Development* (NORDEV) im Norden Marokkos setzt sich dafür ein, Rücküberweisungen in die lokale Entwicklung zu lenken,

und die Regierung hofft auf eine stärkere Diversifizierung der Investitionen der Diaspora.

Diesen Chancen für strategischere Zusammenarbeit stehen allerdings auch Herausforderungen gegenüber: Rabat möchte etwa Zusammenarbeit im Migrationsbereich an deutsche Investitionen in Marokkos Binnenwirtschaft koppeln – Deutschland ist Vereinbarungen, die auf Gegenleistungen beruhen, bisher zurückhaltend begegnet.

Die Migrationspartnerschaft sollte genutzt werden, um berufliche Bildung durch ANAPEC auszuweiten – aufbauend auf Marokkos Interesse am deutschen dualen System. Programme für zirkuläre Migration könnten erweitert werden. Integrationseinrichtungen sollten sowohl Rückkehrende als auch Migrant*innen in Marokko unterstützen und so den sozialen Zusammenhalt stärken (Deslespesse & Martin-Shields, 2025). Wiedereingliederung sollte finanzielle Anreize, Unternehmenszuschüsse, psychosoziale Programme und gemeinnützige Aktivitäten kombinieren. Im Rahmen seiner Strategie zur Arbeitskräftemobilität könnte Deutschland Investitionen in Marokkos Beschäftigungssektoren im Sinne des beidseitigen Nutzens erhöhen, aber insbesondere in den Bereichen Gesundheit und Bildung marokkanische Empfindlichkeiten anerkennen. Ein ressortübergreifender Ansatz, der Migration, Beschäftigungsförderung und technische Aspekte wie Altersvorsorge verknüpft, würde Migration für beide Länder als Treiber für inklusives Wachstum nutzbar machen.

Strategischer Bereich 4: Governance für das Gemeinwohl

Ländliche Armut, unzureichende öffentliche Dienstleistungen sowie soziale und territoriale Ungleichheiten sind wiederkehrende Themen in den Reden von König Mohamed VI (König Mohamed VI., 2025). Nationale Strategien wie das neue Entwicklungsmodell (CSMD, 2021) betonen die Bedeutung einer transparenteren, effizienteren und partizipativeren Regierungsführung für diese Ziele. Auch um ausländische Investitionen anzuziehen ist eine verbesserte Regierungsführung unerlässlich.

Marokkanische Institutionen wie der Wirtschafts-, Sozial- und Umweltrat (CESE) und der Rechnungshof kritisieren, dass Steuerhinterziehung, ineffiziente öffentliche Dienstleistungen, mangelnder Wettbewerb und Schwächen im Bildungssystem die Entwicklung einschränkten (CESE, 2019). Wirtschaftswachstum und höhere Investitionen bieten der Rentenökonomie mehr Profitchancen, während Korruptionsbekämpfung stagniert und Regulierungsbehörden begrenzte Handlungsspielräume haben (OCDE, 2024).

Interessen staatlicher Akteure in Marokko an Governance-Reformen sind komplex und mehrdeutig, die gesellschaftliche Mobilisierung zeigt dringenden Handlungsbedarf. Öffentliche Berichte kritisieren Korruption und Rentenökonomie, doch Reformen werden nur teils vorangetrieben. Gesprächspartner*innen staatlicher Institutionen betonten, dass Lebensbedingungen verbessert und bürokratische Belastungen reduziert werden müssten. Weitgehende Veränderungen bedrohen jedoch etablierte Interessen. Reformen werden vom Innenministerium gesteuert, meist ohne zentrale Machtverhältnisse anzutasten, und können dadurch nur bedingt wirksam werden.

Deutschland hat ein starkes Interesse daran, eine inklusive, transparente und rechenschaftspflichtige Regierungsführung in Marokko zu unterstützen. Dies würde das Investitionsklima verbessern, indem Korruption reduziert, Rechtssicherheit erhöht und die Transparenz im Beschaffungswesen verbessert würden. Auch könnte das Risiko von Skandalen in exportorientierten Lieferketten sinken, die 2023 bei Verstößen gegen Arbeits- und Umweltschutzbestimmungen auftraten. Verantwortungsvolle Regierungsführung trägt zur Stabilität bei, indem sie soziale Unzufriedenheit und Auswanderungsdruck verringert. Für Deutschland bedeutet bessere Governance zuverlässigere Partner in Klimaschutz, erneuerbaren Energien und beruflicher Bildung.

Trotz Zentralismus gibt es Möglichkeiten, Governance-Reformen zu unterstützen – über vermittelnde Institutionen oder die lebendige Zivilgesellschaft (Houdret & Furness, 2024). Die Unterstützung von Change Agents auf lokaler Ebene ist ent-

scheidend für bürgernahe Reformen. Deutschlands langjährige Zusammenarbeit in lokaler Governance und Umweltmanagement bietet eine gute Grundlage.

Die Zusammenarbeit sollte über zentrale Behörden hinaus noch stärker die Zivilgesellschaft, Wissenschaft, lokale Regierungen und Reformkräfte im Privatsektor einbeziehen. Aufbauend auf der bestehenden Zusammenarbeit auf kommunaler und regionaler Ebene, kann dies inklusive Reformen und die Rechenschaftspflicht stärken. Städtepartnerschaften könnten stärker in strategische Ziele eingebettet werden. Transparente und inklusive Stadtverwaltungen etwa können Forschung, Ausbildung und Verwaltung verbinden und so gemeinsame wirtschaftliche und ökologische Interessen voranbringen.

Auf internationaler Ebene haben Marokko und Deutschland ein gemeinsames Interesse an einer regelbasierten Zusammenarbeit in globalen Fragen. In Afrika können sie Dialoge über Regierungsführung und Entwicklung unterstützen, aufbauend auf Marokkos Rolle in regionalen Organisationen wie der Vereinigung afrikanischer Städte und Kommunalverwaltungen (*United Cities and Local Governments of Africa*, UCLGA) und der Union der Wirtschafts- und Sozialräte und ähnlicher Institutionen Afrikas (*Union of Economic and Social Councils and Similar Institutions of Africa*, UCESA), die beide ihren Sitz in Rabat haben. Marokkos Beiträge zu Klimainitiativen, zum Global Compact der Vereinten Nationen für eine sichere, geordnete und reguläre Migration, zu VN-Friedensmissionen und seine kürzlich erfolgte Annahme des VN-Übereinkommens über die biologische Vielfalt der Meere sind wichtige Säulen, auf denen künftige gemeinsame Initiativen aufbauen können.

Deutschland sollte einen flexiblen, mehrstufigen Ansatz für die Governance-Zusammenarbeit mit Marokko verfolgen. Eine Auswertung früherer bi- und multilateraler Abkommen zur Förderung von Investitionen des Privatsektors und/oder von Governance könnte die künftige Zusammenarbeit leiten. Bewertungen der Reformpartnerschaften zeigen: Demokratische Standards für Regierungs-

führung und Rechtsstaatlichkeit sind wichtige Erfolgsfaktoren, sollten aber über sektorale Governance hinausgehen (Roxin et al., 2022).

Auf internationaler Ebene könnten Deutschland und Marokko in multilateralen Institutionen wie den VN, der G20 und der Afrikanischen Entwicklungsbank verstärkt in Fragen der Klimapolitik, der Friedenskonsolidierung und der Finanzierung von Anpassungsmaßnahmen und klimafreundlicher Urbanisierung zusammenarbeiten. Durch die Kombination von Engagement für Transparenz und Inklusivität mit pragmatischer Unterstützung marokkanischer Prioritäten kann Deutschland Governance im beiderseitigen Interesse fördern und multilaterale Institutionen stärken.

Fazit: Kooperationspolitik für eine strategische Partnerschaft

Deutschland und Marokko stehen an einem entscheidenden Punkt ihrer Beziehung. Gemeinsame Interessen schaffen Chancen für engere Zusammenarbeit, doch unterschiedliche Prioritäten erfordern von beiden Klarheit, Transparenz und definierte Grenzen (s. Tabelle 2).

Daraus ergeben sich fünf Bausteine für eine strategischere Partnerschaft:

- 1. Nachhaltigkeit und Gerechtigkeit als Leitprinzipien für alle Kooperationsprojekte priorisieren.** Öffentliche und private Investitionen sollten dazu beitragen, Arbeitsplätze zu schaffen, territoriale Ungleichheiten auszugleichen, die Umwelt zu schützen und extraktive Praktiken zu vermeiden. Auf Projektebene könnten gemeinsame Gremien von Wissenschaft, öffentlichen Institutionen, Zivilgesellschaft und Entwicklungszusammenarbeit dabei helfen, soziale und ökologische Auswirkungen zu erfassen
- 2. Investitionen in Governance-Reformen als strategischen Vorteil begreifen.** Effizientere, transparente und rechenschaftspflichtige Regierungsführung würde Investitionen anziehen, soziale Unzufriedenheit verringern, Marokkos regionale Führungsrolle stärken und Wachstum stabilisieren. Dazu gehören auch Schutzräume sowie Meinungs- und Informationsfreiheit für

die (Zivil-)Gesellschaft. Die bestehende Zusammenarbeit und das aufgebaute Vertrauen bieten eine gute Grundlage. Auf deutscher Seite würden vereinfachte Visaverfahren und Arbeitsgenehmigungen für zirkuläre Migration zu besserer Governance beitragen.

- 3. Unterstützung für soziale Sicherung auf Gerechtigkeit und Rechenschaftspflicht konzentrieren.** Gezielte Investitionen in Armutsbekämpfung, Bildung und Gesundheit sollten auf transparenter Bewertung bestehender Initiativen basieren und Gerechtigkeit sowie Rechenschaftspflicht fördern – nicht Partikularinteressen des Privatsektors. Die Finanzierung sozialer Sicherung sollte primär auf Marokkos fiskalischen Kapazitäten beruhen; Deutschland könnte politische und technische Beratung bieten.

- 4. Rote Linien und Kooperationsprioritäten klären.** Marokko hat seine Souveränitätsansprüche klar formuliert, doch mehr Transparenz über weitere Prioritäten – etwa Bedingungen für Investitionen in sensiblen Sektoren – würde Reibungen verringern und Partner überzeugen. Deutschland sollte ressortübergreifend sein wertebasiertes Engagement aufrechterhalten, aber die Risiken anerkennen und adressieren, die mit der Unterstützung wachsender Ungleichheiten und Marginalisierung zugunsten einer Elite verbunden sind. Deutschland sollte klare Leitplanken zu Menschenrechten und Governance setzen und konsequent einhalten, auch wenn dies die Zusammenarbeit erschwert.

- 5. Vielfältigere Formate für bilaterale Verhandlungen und Zusammenarbeit.** Parallel zu Regierungsverhandlungen könnten bilateral gezielte Brainstormings, sektorale Workshops, Think-Tank-Konferenzen, „Privatsektor-Tage“ oder Treffen lokaler Abgeordneter stattfinden.

Im Jahr 2026 können beide Länder auf 60 Jahre diplomatische Beziehungen zurückblicken – ein guter Zeitpunkt für ein neues Kapitel der bilateralen Zusammenarbeit.

Tabelle 2: Interessen, Chancen und Herausforderungen für die Zusammenarbeit

Kategorie	Interessen Marokkos	Interessen Deutschlands	Chancen	Herausforderungen
Geopolitische Interessen in einem sich wandelnden Kontext	- Anerkennung der Souveränität über die Westsahara - Stärkung des regionalen Einflusses	- Stabilität im Maghreb und in Westafrika - Strategische Partnerschaften Sicherheit und Migration	- Zusammenarbeit in regionaler Sicherheit und Migration - Vertieftes Engagement in Afrika - Investitions- und Konnektivitätsprojekte	- Schutz der Rechte der Sahrauis - Widerstand aus Algerien - Ausgleich zwischen UN-geführten Prozessen und strategischer Ausrichtung
Infrastruktur und Investitionen	- Ausländische Direktinvestitionen, vergünstigte Kredite, Investitionen der Diaspora - Industrialisierung, Energie- und Infrastruktur-entwicklung	- Handel mit und über Marokko - Zugang zu Rohstoffen - Erneuerbare Energien - Kohlenstoffarme Industrieproduktion	- Gemeinsame Investitionen und Forschung in Industrie, Energie, Verkehr, Wasser, Infrastruktur - Transatlantische und regionale Partnerschaften	- Defizite in der Regierungsführung, Einflussnahme durch Eliten - Umwelt- und soziale Risiken - Bedürfnisse des ländlichen Raums vs. städtische Megaprojekte
Migration, Arbeitsmärkte und Ausbildung	- Arbeitsplätze für Marokkaner*innen im Ausland und im Land, i. B. für junge Erwachsene - Rücküberweisungen Diaspora	- Fachkräfte für Schlüsselbranchen - Zusammenarbeit bei legaler Migration und Rückkehr sowie zirkulärer Migration	- Ausbau der beruflichen Bildung - Ausweitung zirkulärer Migration - Integration von Rückkehrern und Aufbau einer Qualifikationsbasis	- Abwanderung von Fachkräften in kritischen Sektoren (z. B. Gesundheit) - Irreguläre Migration
Governance zum Wohle der Allgemeinheit	- Stärkung der Legitimität und Effizienz öffentlicher Dienstleistungen und des Geschäftsklimas - Position in multilateralen Institutionen	- Transparente, rechenschaftspflichtige und inklusive Regierungsführung in allen Sektoren - Sicherung der Stabilität und eines sicheren Investitionsumfelds	- Risikominderung für Investoren - Inklusive und nachhaltige Stadt- und Landentwicklung - Kapazitätsaufbau im öffentlichen Sektor - Trilaterale Zusammenarbeit in Afrika	- Schwache Institutionen und Durchsetzung - Korruption und Rent-Seeking - Zentralisierte Entscheidungsprozesse

Literatur

Ait Ouanna, M. (2024). *Privatisierung des Gesundheitswesens: „Dieses Ungleichgewicht zwischen dem öffentlichen und dem privaten Sektor vertieft die Ungleichheiten beim Zugang zur Gesundheitsversorgung“*. Finance News Hebdo.

CESE (Conseil Economique Social et Environnemental). (2019). *Ein Steuersystem als Säule für das neue Entwicklungsmodell. Bericht des Wirtschafts-, Sozial- und Umweltrats* (Auto-saisine, 39/2019). CESE.

CESE. (2023). *Les jeunes NEET: Quelles perspectives d'inclusion socio-économique?* CESE.

CSMD (Commission Spéciale sur le le Modèle de Développement). (2021). *Le nouveau modele de developpement. Libérer les énergies et restaurer la confiance pour accélérer la marche vers le progrès et la prospérité pour tous. Rapport général*. CSMD. amdie.gov.ma/wp-content/uploads/2023/11/Rapport_General_NMD.pdf

Delespesse, E., & Martin-Shields, C. (2025). *Förderung des sozialen Zusammenhalts in Grenzregionen: Lernen aus den Erfahrungen von Aufnahmegemeinden und Migranten in Casablanca* (IDOS Policy Brief 12/2025). IDOS. <https://doi.org/10.23661/ipb12.2025>

Dadoush, U., & Saoudi, H. (2019). *Ungleichheit in Marokko: Eine internationale Perspektive* (Policy Paper, August 2019). Policy Center for the New South.

Houdret, A., & Furness, M. (2024). Intermediäre Organisationen, internationale Zusammenarbeit und der sich wandelnde Sozialvertrag: Marokkos neues Entwicklungsmodell. *Mediterranean Politics*, 1–26. <https://doi.org/10.1080/13629395.2024.2379736>

König Mohamed VI. (2025). *Ansprache an die Nation anlässlich des Thronfestes*. Königreich Marokko. maroc.ma

Klingebiel, S., & Sumner, A. (2025). *Vier Zukunftsszenarien für ein globales Entwicklungskooperationssystem im Wandel: Politik an der Schnittstelle von Geopolitik, Normkonflikten und institutionellem Wandel* (IDOS Policy Brief 11/2025). <https://doi.org/10.23661/ipb11.2025>

Roxin, H., Eppler, M., & Heinel, M.-S. (2022). *Evaluation des Kooperationsmodells der Reformpartnerschaften. Zusammenfassung*. Deutsches Institut für Entwicklungsevaluation (DEval).

OCDE. (2024). *Examens de l'OCDE des politiques de l'investissement: Maroc 2024. Examens de l'OCDE des politiques de l'investissement*. Éditions OCDE. <https://doi.org/10.1787/e5752331-fr>

Taggart, J. (2025). *Der zweite Kalte Krieg und der Niedergang des westlichen Systems der Entwicklungshilfe*. Second Cold War Observatory.

<https://static1.squarespace.com/static/62ab7f2c81773d64db4e11b0/t/67a7edde75e0cc45d7ba06a8/1739058654723/2025.2+Jack+Taggart+Dispatch+Second+Cold+War+Observatory.pdf>

Transparency Maroc. (2023). *Rapport Moral 2023: Adressé à l'Assemblée Générale Ordinaire Élective du 5 avril 2025 à Rabat*. <https://transparencymaroc.ma/wp-content/uploads/2025/04/TM-Rapport-moral-2023-frar.pdf>

Dr. Annabelle Houdret ist wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Abteilung „Umwelt Governance“ am German Institute of Development and Sustainability (IDOS) in Bonn.

E-Mail: annabelle.houdret@idos-research.de

Dr. Mark Furness ist wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung „Internationale und transnationale Zusammenarbeit“ am IDOS.

E-Mail: mark.furness@idos-research.de

Das German Institute of Development and Sustainability (IDOS) wird vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages sowie als Mitglied der Johannes-Rau-Forschungsgemeinschaft vom Land NRW institutionell gefördert.

Zitationsvorschlag:

Houdret, A., & Furness, M. (2025). *Zeit für eine strategische Partnerschaft: Das Potenzial der Zusammenarbeit Deutschland-Marokko* (IDOS Policy Brief 26/2025). IDOS. <https://doi.org/10.23661/ipb26.2025>

Disclaimer:

Die in dieser Publikation dargelegten Analysen sind die der Autor*innen und spiegeln nicht unbedingt die Ansichten oder Richtlinien des German Institute of Development and Sustainability (IDOS) wider.



Sofern nicht anders angegeben, ist der Inhalt dieser Publikation unter einer Creative Commons Attribution 4.0 International Licence lizenziert. Es ist erlaubt, dieses Werk zu vervielfältigen, zu verbreiten und zu bearbeiten, solange das German Institute of Development and Sustainability (IDOS) gGmbH und der/die Autor*in(nen) genannt werden.

IDOS Policy Brief / German Institute of Development and Sustainability (IDOS) gGmbH

ISSN (Print) 2751-4455

ISSN (Online) 2751-4463

DOI: <https://doi.org/10.23661/ipb26.2025>

© German Institute of Development and Sustainability (IDOS) gGmbH

Tulpenfeld 6, 53113 Bonn

E-Mail: publications@idos-research.de

<http://www.idos-research.de>

Gedruckt auf umweltfreundlichem, zertifiziertem Papier.

